

Beschluss



Arbeitsmaterial für den Parteivorstand zur Erarbeitung aktueller Positionen der DKP zur Umweltpolitik

1. These 19 des 8. Parteitages der DKP in Hamburg, 1986
2. Alternativantrag zum Antrag des Parteivorstandes der DKP Frankfurt Nord-Ost
3. Antrag der KO Taunus-Wiesbaden
4. Antrag der KO Solingen „Für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt – jetzt handeln!“
5. Antrag der Gruppe Sonneberg: Handreichung Umweltzerstörung
6. Antrag der Gruppe Berlin Tempelhof-Schöneberg: Organisation der weiteren Parteidebatte durch den Parteivorstand.
7. Antrag der BDK Südbayern: „Gegen die grüne Offensive des Monopolkapitals – CO₂-Bepreisung stoppen!“

1. „Die ökologische Krise und die Erfordernisse einer demokratischen Umweltpolitik“, Auszüge aus These 19 des 8. Parteitages der DKP in Hamburg, 1986

- Mit dem Voranschreiten der wissenschaftlich-technischen Revolution werden nach Art und Umfang menschliche Eingriffe in die Natur vorgenommen wie nie zuvor. Die Vorkehrungen zum Schutz der Umwelt sind dahinter zurückgeblieben. Angesichts der Begrenztheit wichtiger Naturstoffe und der begrenzten Belastbarkeit der Umwelt besteht erstmals in der Geschichte eine Gefahr für die Lebensgrundlagen der Menschheit. Eine Krise neuer Art ist entstanden: die ökologische Krise, die sich zu einer ökologischen Katastrophe auswachsen kann.

- In der Bundesrepublik hat sich die Umweltqualität schon heute derart verschlechtert, dass hiervon die alltäglichen Lebensbedingungen des größten Teils der Bevölkerung berührt sind. Wo Nahrung, Boden, Luft und Wasser so giftig sind, dass Wälder, Pflanzen und Tiere sterben, können auch die Menschen nicht gesund bleiben. Auf der Jagd nach Höchstprofiten belasten die Konzerne die Umwelt mit freigesetzten Schadstoffen, mit hochgiftigem Chemie- und Atommüll. Schädigungen der Umwelt werden durch militärische Übungen und den Bau von Militäranlagen hervorgerufen. Von atomaren und chemischen Waffen gehen auch im Frieden tödliche Gefahren aus.

Auf dem Hintergrund der zunehmenden Umweltgefährdung ist ein wachsendes Umweltbewusstsein in der Bevölkerung entstanden. Alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte mussten sich der Ökologieproblematik zuwenden. Der Druck der Umweltschutzbewegung hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass in manchen Bereichen vermehrte Umweltinvestitionen getätigt wurden. Die Politik der Bundesregierung ist jedoch ungeeignet, die Zuspitzung der ökologischen Krise abzuwenden, weil sie den Konzernen nicht entgegengetreten will. Ihr Konzept „Mehr Markt beim Umweltschutz“ zielt darauf, staatliche und öffentliche Kontrollmöglichkeiten abzubauen sowie die Umweltschutzkosten auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen.

- Die Gefährdung der natürlichen Lebensbedingungen der Menschheit entspringt nicht der modernen Wissenschaft und Technik, sondern den kapitalistischen Verhältnissen, unter denen sie entwickelt und eingesetzt werden. Im Kapitalismus ist der Stoffwechselprozess des Menschen mit der Natur der Profitmacherei unterworfen. Das bewirkt Raubbau an der Natur. Weil Umweltschutzmaßnahmen den Profit mindern, wird so weitgehend und so lange wie irgend möglich darauf verzichtet. Gleichzeitig bedeuten die krisenbedingte Vernichtung von Produktivkräften sowie die Schaffung eines Vergeudungs- und Wegwerfsystems im Konsumbereich einen verschwenderischen Umgang mit der Natur. Eine Gesellschaftsordnung, in der aus Profitsucht die für Mensch und Umwelt schädlichen Folgewirkungen systematisch außer Acht gelassen werden, ist lebensgefährlich. Im Umweltproblem kommt die geschichtliche Überlebtheit des Kapitalismus besonders krass zum Ausdruck.

Die Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse steht nicht im Widerspruch zu einer an den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientierten Wirtschaftsentwicklung. Die Entwicklung der Produktivkräfte im Interesse und unter Kontrolle der Gesellschaft, die vernünftige und planvolle Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts kann allein jene Mittel hervorbringen, die gebraucht werden, um die natürliche Umwelt zu sanieren, energie- und rohstoffsparende Technologien zu schaffen, einen pfleglichen Umgang mit der Natur zu ermöglichen. Gerade der Umweltschutz muss zu einem der wichtigsten Felder für neue Investitionen und damit auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze werden. Notwendig ist ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm für Hunderttausende neuer Arbeitsplätze durch Umweltschutz. Die Arbeiterklasse und damit auch unsere Partei sind aufgefordert, hierfür stärker in die aktuellen Auseinandersetzungen einzugreifen. Dabei geht es vorrangig um Probleme wie die Sanierung von „Altlasten“ in Boden und Wasser, die Vermeidung von Schadstoffen, die Einsparung von Energie und Rohstoffen, die Entwicklung von Kreislauftechnologien, die Umweltforschung, Umweltplanung und Stadtentwicklung.

Fortschritte im Umweltschutz erfordern breite demokratische Bündnisse gegen die Hauptverursacher der ökologischen Krise, die Monopole. Sie verlangen Mitbestimmung der arbeitenden Menschen und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften, der Bürgerinitiativen und Umweltverbände über den Einsatz der Produktionsmittel. Ziel muss sein, einen die Naturressourcen und die Umwelt schonenden Umgang mit der Natur durchzusetzen und damit die Lebensqualität zu verbessern. Notwendig ist eine solche demokratische Kontrolle bereits bei der Projektierung neuer Industrieanlagen, für die eine Prüfung auf Umweltverträglichkeit unabdingbar ist. Die Umweltschutzgesetzgebung ist strikt am Verursacherprinzip auszurichten. Eine demokratische Umweltpolitik verlangt Eingriffe in das Profitsystem als Steuerungsinstrument der Wirtschaft, die Zurückdrängung der Macht des Großkapitals. Für die DKP ist der Kampf für den Schutz der Umwelt Bestandteil des Kampfes für Frieden und Arbeit, für eine demokratische Wende.

- Umweltgefährdung macht an Staatsgrenzen nicht halt. Sie ist ein globales Problem. Die Verschmutzung der Weltmeere, Einwirkungen auf die Erdatmosphäre, die Zerstörung der tropischen Regenwälder und zunehmende Wüstenbildungen betreffen in ihren Folgen die gesamte Mensch-

heit. Alle Staaten stehen in der Verantwortung, dazu beizutragen, dass die Umweltbelastungen einschneidend gemindert werden. Besonders skrupellos verhalten sich die multinationalen Konzerne, die stark umweltbelastende Produktionen in Länder der „Dritten Welt“ verlagern und dabei nicht einmal minimalen Sicherheitsanforderungen gerecht werden. Das Ausmaß der globalen Umweltzerstörung ist ganz wesentlich dadurch bedingt, dass das vom Imperialismus ausgehende Wettrennen gewaltige Mittel an Rohstoffen, Arbeitskräften und wissenschaftlicher Kapazität verschlingt, die dann für die Entwicklung umweltschonender Techniken, für eine radikale Beseitigung bereits vorhandener Umweltschäden nicht mehr zur Verfügung stehen.

Wegen der zwischenstaatlichen und globalen Dimensionen der Umweltprobleme werden koordinierte Aktivitäten in internationalem Maßstab immer dringlicher. Die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist so auch deshalb notwendig, um eine systemübergreifende Kooperation auf ökologischem Gebiet zu ermöglichen. Gerade in Mitteleuropa - einer industriellen Ballungsregion mit einzigartiger Konzentration von Massenvernichtungsmitteln und Militäreinrichtungen - sind zwischenstaatliche Vereinbarungen über vermehrten Umweltschutz und deren Finanzierung durch Rüstungskürzungen besonders dringlich.

2. Alternativantrag zum Antrag des Parteivorstandes der DKP Frankfurt Nord-Ost

Nach 300 Jahren Dauer und weltweiter Ausdehnung des Kapitalismus ist die Ausbeutung der Natur so weit fortgeschritten, dass sie für das Weiterleben der Menschen zur Gefahr wird.

Rasant wachsender Naturverbrauch

Auch in vorherigen Produktionsweisen haben die jeweils herrschenden Klassen die Arbeitskraft anderer Menschen und die Natur ausgebeutet. Auch damals blieben mancherorts (etwa durch Abholzung, Entwässerung und Überweidung) Wüsten zurück, wurden Tier- und Pflanzenarten ausgerottet. Das Besondere am Kapitalismus besteht darin, dass er den rücksichtslosen Verbrauch von Natur (von natürlichen Ressourcen) erheblich beschleunigt hat. Es gelingt den Kapitalisten heute noch, die Produktivität der von ihnen ausgebeuteten menschlichen Arbeitskraft in immer neuen Wellen technischer Entwicklung und rationalisierter Organisation weiter zu steigern. Die schnell wachsende Warenproduktion geht mit wachsendem Verbrauch von Natur einher. Der Umfang des Stoffwechsels der menschlichen Gattung mit der Natur wird größer, nicht nur weil die Zahl der Menschen sehr groß geworden ist, sondern vor allem, weil die menschliche Arbeit eine viel größere Menge an Rohmaterial verarbeitet und verbraucht und entsprechend viel Material als Müll ausscheidet oder an die Natur zurückgibt als in früheren Perioden. Im Zuge dessen drohen Land, Meere und Flüsse zu verseuchen, wachsen die Wüsten, herrscht in immer mehr Regionen Wassermangel, verschwinden Wälder und Moore, Flüsse und Seen, verschwinden die Wildpflanzen und Tiere, immer mehr Arten sterben aus und die Temperatur auf der Erde nimmt zu.

Zwei Seiten der steigenden Produktivität

Die Ausweitung des Ausbeutungsprozesses von Mensch und Natur ist aber nicht notwendige Folge steigender Produktivität der Arbeit. Produktivitätswachstum kann auch bedeuten, dass mit sinkendem Arbeitseinsatz und/oder mit sinkendem Naturverbrauch der gleiche Reichtum, also ein gleiches oder ähnlich großes Produktvolumen erzielt wird. Kann es diese Art der Produktivitätssteigerung im Kapitalismus geben? Im Prinzip und im Einzelfall ja, wenn Kapitale oder meist Monopole die Produktion einschränken und selbst in einem schrumpfenden Absatzmarkt noch gute oder sogar steigende Profite erzielen. Vermutlich ist auch der Kapitalismus zu einer solchen „Realschrumpfung“ in der Lage, bedenkt man, dass es ökonomische Krisen gibt, die eine solche Schrumpfung gewaltsam durchsetzen. Zugleich muss festgestellt werden: Es ist wider die Natur des Kapitalismus so zu agieren. Ohne äußere Schranken wird der Kapitalismus immer die Ausweitung von Naturverbrauch und Arbeitskraftausbeutung betreiben.

Nicht Wachstumszwang sondern Kapitalismus

Die dem Kapitalismus innewohnende Ausweitung des Naturverbrauchs ist das, was andere „Wachstumszwang“ nennen. Der Ausdruck ist unglücklich, weil es in unserer so beschriebenen Gesellschaft nicht darum geht, die Löhne steigen, die Zahl der Kindergärten und Bibliotheken wachsen

und die Qualität der Obstgärten und Kommunikationsmittel besser werden zu lassen. Vielmehr ist die Vermehrung und Verbesserung dieses Reichtums nur Zwischenziel oder erkämpftes Ergebnis des eigentlichen Zwecks der Übung, der rücksichtslosen Jagd nach Profit. Weil sie und der Zwang, den größtmöglichen Profit zu erzielen, die eigentlichen Ursachen für Naturverbrauch und Naturzerstörung sind, schlussfolgern wir, dass nur in der nachkapitalistischen Produktionsweise, im Sozialismus, ein einigermaßen stabiles und nachhaltiges Gleichgewicht im Stoffwechsel der Menschheit mit der Natur möglich ist. „Im Umweltproblem kommt die geschichtliche Überlebtheit des Kapitalismus besonders krass zum Ausdruck“, formulierte deshalb 1986 der 8. Parteitag der DKP.

Umweltkampf ist Klassenkampf

Wir Kommunisten sind Realisten genug, um zu wissen, dass es bis zu einer Umwälzung der Verhältnisse zum Sozialismus noch vieler und intensiver Klassenkämpfe und vermutlich auch noch viel Zeit bedarf. Viele ökologische Fragen, z. B. der Klimawandel, die Verseuchung der Meere und der Böden, das Artensterben, sind zu dringend. Sie müssen hier und jetzt angegangen werden. Im Übrigen sind einige Umweltfragen im Kapitalismus gelöst oder zumindest gelindert worden. Zum Beispiel verfügen in entwickelten kapitalistischen Ländern viele Städte und Dörfer über funktionierende Abwasser- und Müllbeseitigungssysteme, sind viele Flüsse sauberer geworden, ist das giftige Blei aus den meisten Wasserleitungen und dem Autobenzin entfernt worden, und selbst das Ozonloch über der Antarktis scheint nicht mehr zu wachsen. Auch hierin sind Auseinandersetzungen um ökologische Fragen ähnlich den sozialen Kämpfen um bessere Lebensbedingungen und niedrigere Ausbeutungsraten. Der tägliche Klassenkampf dreht sich um den Lohn, die Rente, die Wohn- und Gesundheitssituation. Er dreht sich um Bildung und Gesundheit, sauberes Wasser, funktionierende Abwasser- und Abfallbeseitigung, feinstaub- und giftarme Atemluft, genießbare Nahrungsmittel.

Die Lösungen des Finanzkapitals

Ökologische Fragen sind zwar ein Feld des Klassenkampfes, aber in ökologischen Fragen sind Angehörige verschiedener Klassen und Schichten und auch große Teile der Bourgeoisie mehr oder weniger ernsthaft gewillt, für die Bewohnbarkeit des Planeten zu kämpfen. Kein Wunder, dass ökologisch orientierte Organisationen wie die Grünen oder auch Fridays4Future für die Instrumentalisierung durch das Finanzkapital offen sind. Weil sich aus der Teillösung von Umweltproblemen auch Kapital schlagen lässt, bemächtigen sich Konzerne und Finanzgruppen vieler politischer Umweltbewegungen oder organisieren sie von vornherein und lenken ihre Forderungen auf Maßnahmen, die den Interessen der breiten Masse der Bevölkerung und auch der Bewältigung der eigentlichen Umweltprobleme entgegenstehen. Besonders deutlich wird das in den sogenannten „marktwirtschaftlichen“ Lösungen. Es werden die Wasserversorgung und die Müllentsorgung privatisiert, der Zugang zu diesen Systemen sowie zu Elektrizität, Heizung und Transport, ähnlich wie bei Gesundheit und Bildung, mittels Steuern und Abgaben so verteuert, dass erhebliche Gewinne anfallen und ärmere Menschen sich diese lebensnotwendigen Güter nicht mehr leisten können. Die Abgaben fließen dann als Finanzierungssubventionen Privatinvestoren zu, damit für diese die Investition in „grüne“ Projekte lohnend wird.

Aufgaben der Kommunisten

Die DKP weist im Kampf für eine bessere Umwelt darauf hin, dass die gegenwärtige Politik der imperialistischen Staaten die ökologische und Klimakrise nicht löst, sondern darauf gerichtet ist, die Interessen des Kapitals, insbesondere der großen Monopole und des Finanzkapitals, zu bedienen. Kommunisten haben die Pflicht, offenzulegen, dass und wie das Monopolkapital die Lebensgrundlagen zerstört. Sie wenden sich gegen den von interessierter Seite weit verbreiteten Irrglauben, der Planet ließe sich durch individuellen Verzicht, etwa die Reduzierung des individuellen CO₂-Ausstoßes, retten. In dieser Gesellschaft entscheiden aber nicht die Konsumenten und Käufer darüber, was auf welche Weise produziert wird, sondern das Kapital. Es wäre auch ein Fehler der Umweltbewegung, es in der großen Klimafrage weitgehend den Regierungen und den Konzernen zu überlassen, welche Maßnahmen sie gegen den Klimawandel unternehmen wollen, wie das zum Beispiel im Pariser Abkommen formuliert ist.

Aktuelle Mindestforderungen

Wir schlagen deshalb zunächst zwei Forderungen vor, die geeignet sind, einen Schritt nach vorn zur Lösung der ökologischen Krise zu tun:

Die erste davon ist alt, aber immer noch richtig. Die Aufrüstung muss beendet und das Führen von Kriegen verhindert werden. In Deutschland gilt es besonders, das NATO-Ziel zu verhindern, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), also der wirtschaftlichen Gesamtleistung des gesamten Landes, Jahr für Jahr für Aufrüstung zu verwenden.

Zweitens sollten alle Steuern und Subventionen abgeschafft werden, die geeignet sind, die Produktion und den Absatz besonders umweltschädlicher Produkte zu fördern. Für den in Deutschland besonders wichtigen und besonders umweltschädlichen Verkehrssektor heißt das die Abschaffung der Steuerfreiheit für Flugbenzin (Diese Subvention des Luftverkehrs hat in den vergangenen Jahrzehnten diese klimaschädlichste Transportart deutlich stärker als alle anderen zunehmen lassen.) die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs (Es nutzt vor allem den deutschen Autokonzernen, deren Erfolg ganz erheblich auf dem durch das Dienstwagenprivileg im Heimatmarkt geförderten Luxussegment beruht.) die Einstellung der Subventionen für Elektroautos und ihrer Infrastruktur.

Künftige Aufgaben

Diese Forderungen decken bei weitem nicht alle Problembereiche ab. Der Parteivorstand wird deshalb beauftragt, einen Aktions- und Forderungskatalog Umweltpolitik zu erarbeiten. Dabei sind vor allem folgende Themen zu berücksichtigen:

- Krieg und Militär
- Mobilität und Verkehr
- Energieversorgung
- Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion
- Wohnen und Stadtentwicklung
- Arbeitszeitverkürzung

Begründung:

Zum Antrag des Parteivorstands

Wir halten den Antragsentwurf des PV zur „Ökologischen Krise und der Notwendigkeit einer antikapitalistischen Umweltpolitik“ für ungenügend.

Grundsätzlich hält sich der Antrag zu lang mit dem Mensch-Natur-Verhältnis und einschlägigen Zitaten von Marx und Engels auf. Er legt auch zu viel Gewicht auf die Darstellung der ökologischen Krise und ihrer möglichen Folgen. Viel zu kurz und inhaltlich schwach gerät der Teil, der die Umweltpolitik des Kapitals und seiner Regierungen kritisiert und sich mit kommunistischer Umweltpolitik befasst.

Zum Mensch-Natur-Verhältnis

Der erste Teil ist nicht nur zu lang. (seine ersten drei Absätze sind entbehrlich). Problematisch ist auch die Feststellung, dass im Kapitalismus das Mensch-Natur-Verhältnis „deformiert“ werde. Auch in vorangehenden Produktionsweisen war dieses Verhältnis „deformiert“. Entscheidend ist unserer Meinung nach vielmehr die sprunghaft steigende Produktivität im Kapitalismus. Sie hebt zuvor zeitlich und örtlich begrenzte Umweltschäden auf eine globale Stufe. Am Schluss des ersten Teils werden dann im PV-Entwurf für die ökologische Krise „die Monopole der Energiewirtschaft, die Automobilindustrie, die Chemie- und Agrarkonzerne und der Militärisch-Industrielle-Komplex verantwortlich“ gemacht. Das ist an dieser Stelle eine unnötige und unpassende Halbkonkretisierung, die auch nicht durch die Hinzufügung besser wird, dass der „Staat als ideeller Gesamtkapitalist“ deren Aktivitäten auch noch erlaube.

Zur ökologischen Krise und zum Klassenkampf

Der zweite Teil des PV-Antrags versucht drei Absätze lang die ökologische Krise dramatisch darzustellen. Diese Dramatisierung ist nicht nur fehl am Platz, sie wirkt auch nicht, weil die Einzelphänomene nicht in einen Entwicklungszusammenhang gestellt werden. Hier einige besonders misslun-

gene Beispiele: „Das hat zu einem Überschreiten der planetarischen Grenzen geführt.“ (Z. 76/77), „die ‚steigende‘ Erwärmung der Erdatmosphäre“ (81), der „rasante Anstieg von Treibhausgasen ist in der kapitalistischen Produktionsweise begründet und kann nicht mehr ernsthaft bezweifelt werden“ (94-96). Die Aussage, dass diese Übel, wie schon im ersten Abschnitt betont wurde, auf den Kapitalismus zurückzuführen sind, wird mehrfach wiederholt. Besonders ärgerlich sind zwei Sätze am Ende dieser Passage (99-102), in denen altbekannte Übel des Kapitalismus, nämlich Krieg, Vertreibung und „der Zusammenbruch ganzer Nationalökonomien“ zu sozusagen neuen Folgen der Umweltzerstörung erklärt werden.

Der zweite Absatz schließt mit der Feststellung, dass Arme von der Schädigung der Umwelt stärker betroffen sind als Reiche, dass die ökologische Krise die gesellschaftlichen Widersprüche verschärft und dass deshalb „die soziale Frage von den ökologischen Fragen nicht zu trennen“ ist. Letztere seien also ein „Gebiet des Klassenkampfes“. Wir meinen, dass man diese Schlussfolgerung einfacher und weniger verschurbelt haben kann und formulieren deshalb „Umweltkampf ist Klassenkampf“.

Zu den Vorschlägen für die Umweltpolitik der DKP

Wichtig sind die Vorschläge des PV zur Lösung der Umweltkrise: Einstieg in die gesamtwirtschaftliche Planung der Volkswirtschaft („unabdingbar“), sofortige Einschränkung der monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnisse, Entflechtung der Monopole, umfassende gesamtgesellschaftlich und ökologisch orientierte Gegenmaßnahmen in der gesamten Industrie, in der Agrar-, Wasser-, Bau-, Verkehrs- und Transportwirtschaft (127-132). „In Zukunft muss es darum gehen, dass in einem demokratischen Prozess entschieden wird, was und wie produziert wird“ ... „Diese Entscheidungen dürfen nicht länger in den Händen des Monopolkapitals liegen.“ (150-153) Wer das liest, wird sagen, lasst die Kommunisten doch vor sich hinträumen.

Der Schlussabschnitt des PV-Papiers zu „Kommunistischer Umwelt- und Klimapolitik“ enthält auch Aktuelles: „Die sogenannten Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung sind ein Umverteilungsprogramm von unten nach oben“. Diese Einschätzung ist richtig. Dass diese Maßnahmen allerdings das Ziel haben, „die notwendige Transformation des Produktionsbereiches zu finanzieren“, scheint uns ein wenig optimistisch. Verfehlt scheint uns auch der positive Bezug auf die „Beschlüsse des Pariser Abkommens“. Das Abkommen suggeriert unserer Meinung nach einen eindeutigen und linearen Zusammenhang zwischen CO₂-Emissionen und Klimaerwärmung und die gute Absicht und Fähigkeit der Regierungen, die Erwärmung einzudämmen, während es ihnen die Möglichkeit offen lässt, zu diesem Zweck alle möglichen Schandtaten zugunsten der eigenen Monopolkapitalisten zu begehen. Die aktuellen und früheren Maßnahmen der Bundesregierung dienen dem Zweck, durch „CO₂-Bepreisung“ die Privatisierung lebensnotwendiger Güter und der Handelbarkeit von Zugangsrechten den Finanzinvestoren neue profitable Anlagemöglichkeiten bei der Teillösung von Umweltproblemen zu eröffnen und der deutschen Industrie die mitführende Rolle auf den Weltmärkten zu sichern.

Richtig ist im PV-Papier auch die generelle Kritik an Verbrauchssteuern, deren Erhöhung die Bundesregierung im Rahmen des Klimapakets beschlossen hat. Solche Steuern belasten die Armen unverhältnismäßig. In diesem Zusammenhang taucht in dem Papier die einzige konkrete Forderung auf: „Die Forderung nach sinnvollen ökologischen Maßnahmen muss mit der Forderung nach einer Reichensteuer verbunden werden.“ Auch richtig. Die Reichensteuer ist aus vielen Gründen eine sinnvolle Forderung, ebenso wie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer auf Betriebe, die Erhöhung der Kapitalertragssteuer, die Wiedererhöhung des Einkommensteuerspitzensatzes, die Erhöhung der Steuersätze auf Unternehmensgewinne usw., kurz alle Maßnahmen, die die Umverteilung zugunsten der Reichen der vergangenen Jahrzehnte beenden und vielleicht sogar umkehren.

Rüstung und Krieg

Eine Programmatik zur Umweltpolitik sollte unserer Meinung nach zur Sprache bringen, mit welchen staatlichen Maßnahmen die Umweltschädigung und -zerstörung gefördert wurde. Deren Abschaffung sollte im Vordergrund stehen. An erster Stelle sind da Rüstung und Krieg zu nennen. Welche umweltschädlichen Folgen sie haben, muss nicht noch einmal ausführlich erklärt werden.

Steuer auf Flugbenzin

An zweiter Stelle ist der Flugverkehr zu nennen. Er wird durch die – international vereinbarte – Befreiung von der Verbrauchssteuer auf Treibstoff seit Jahrzehnten gefördert und ist als umweltschädlichste Verkehrsart zugleich die bei weitem am schnellsten wachsende. Die Forderung nach Abschaffung der Befreiung des Flugbenzins von der Verbrauchssteuern ist ein alter Dauerbrenner der Umweltbewegung. Die Forderung wird auch nicht deshalb falsch, weil Grüne und ihnen nahestehende Gruppen sie zurückstellten, sobald sie Regierungspositionen

Bonus für Luxus-PKW abschaffen

Steuerliche Förderung hat in Deutschland Jahrzehnte lang die Autokonzerne und ihre Profitabilität gefördert. Eine besondere Rolle spielt dabei das sogenannte „Dienstwagenprivileg“. Privilegiert sind dabei einerseits etwas gehobene Angestellte und andererseits die Unternehmen, die beachtliche Teile der besseren Gehälter in Form einer Sachleistung (dem „Dienstwagen“) lohnsteuerfrei und ohne Sozialabgaben (auf kapitalistendeutsch „Lohnnebenkosten“) ihren höheren und zuweilen auch mittleren Angestellten zur Verfügung stellen. „Dienstwagen“ können ohne Einschränkung privat genutzt werden, der laufende Betrieb (Steuer, Versicherung, Wartung und Treibstoff) und der Preis des Fahrzeugs (bzw. die Leasinggebühren) werden vom Unternehmen gezahlt, das diese „Betriebs“-Kosten von der Gewinnsteuer absetzen kann. Das Ergebnis ist eine ungeheure Absatzsteigerung von Luxusautos. Denn weder die Unternehmen noch ihre so privilegierten Angestellten sind sonderlich preisempfindlich bei der Wahl des Fahrzeugs. Hoher Benzin oder Dieserverbrauch spielt dabei so gut wie gar keine Rolle. Etwa 50 Prozent der neu verkauften PKW im oberen und gehobenen Mittelklassensegment sind Dienstwagen. Bei den SUVs (jenen fetten, stark motorisierten Autos mit hohem Kraftstoffverbrauch) erreicht laut Zulassungsstatistik der Anteil „gewerblicher“ Kunden am Gesamtabsatz Prozentsätze zwischen 70 und 85 Prozent. Dank des so gesicherten Heimatmarktes konnten die deutschen Autohersteller Daimler, BMW und Volkswagen/Audi/Porsche die führende Stellung im internationalen Segment der besonders profitablen Luxusautos ausbauen. Das Dienstwagenprivileg stellt eine systematische Förderung CO₂-intensiver Autos dar. Oder um das gräuliche Wort von der CO₂-„Bepreisung“ wieder zu verwenden: Es findet im Gegenteil eine CO₂-„Bebonusung“ statt. Sie sollte dringend abgeschafft werden.

Keine Subvention von E-Autos

Die deutschen Autokonzerne setzen seit einiger Zeit auf den Verkauf von Autos mit elektrischem Batterieantrieb. Sie werden bei diesem Vorhaben von der Bundesregierung unterstützt, mit dem Argument, Elektrofahrzeuge seien im Betrieb weniger umweltschädlich als solche mit Verbrennungsmotoren. Das wird, wie sich mittlerweile herumgesprochen hat, von der besonders umweltschädlichen Produktion der Batterien (mehr als) aufgewogen. Wegen ihrer geringen Reichweite werden Elektrofahrzeuge vermutlich vor allem als Zweitwagen für den Stadtverkehr gekauft, was die Zahl der Autos insgesamt noch erhöht. Dennoch (oder deshalb) fördert die Regierung den Kauf von E-Autos mit hohen Prämien. Zugleich stellt sie Geld für diejenigen Unternehmen in Aussicht, die sich an der Ladeinfrastruktur beteiligen. Diese öffentlich geförderte Umweltverschlechterung muss unterbunden werden.

Umweltpolitik entwickeln

Wir haben uns bei den aktuellen Forderungen auf Rüstung und Verkehr beschränkt. Wir halten diese Bereiche in Deutschland für besonders wichtig. Der Hauptgrund für die Beschränkung besteht aber in mangelnder Kenntnis der Hauptprobleme in anderen Sektoren. In diesem Punkt vertreten wir die selbe Auffassung wie die Autoren des PV-Antrags und übernehmen dessen Auftrag an den künftigen Parteivorstand, „einen Aktions- und Forderungskatalog Umweltpolitik zu erarbeiten“.

3. Antrag der KO Taunus-Wiesbaden **Der Parteitag möge beschließen:**

Die DKP fordert: Dem Rat der Wissenschaften folgen und die entsprechenden Maßnahmen zu Umwelt- und besonders Klimaschutz unverzüglich umsetzen! Es ist uns klar, dass die sich zuspitzende Umwelt- und besonders auch Klimaproblematik dem späten Kapitalismus mit seinem Weltbild des grenzenlosen Wirtschaftswachstums und der Maximierung des Reibachs privater Konzerne, verbunden mit möglichst verbreiteter Desorientierung der Bevölkerung, geschuldet ist. Es ist uns klar, erst die möglichst weltweite Überwindung dieser Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung schafft die Grundlagen einer dauerhaften Stabilisierung menschlicher Zivilisation. Das Ausmaß der Bedrohung ist den regelmäßig veröffentlichten Berichten des Weltklimarats IPCC zu entnehmen. Von daher ist uns auch klar, dass größeren Katastrophen, wenn überhaupt, nur noch mit umfassenden Sofortmaßnahmen begegnet werden kann und wir nicht mehr genug Zeit haben zu warten, bis weitere oder gar alle Staaten den Kapitalismus überwinden. Wir halten breiteste Bündnisse in der Klimafrage und gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen für notwendig und unterstützenswert. Es ist uns auch klar, dass der Militärapparat der imperialistischen reichen Räuberstaaten einen sehr großen Anteil an der sich zuspitzenden Problematik hat.

Deshalb fordern wir den Austritt aus der Nato und den Rückbau der Bundeswehr auf ein zur Inlandsverteidigung erforderliches Maß. Unbestreitbar hat die in den reichen westlichen Staaten bis hinein in die Arbeiterklasse verbreitete verschwenderische Lebensweise mit maximalem Frustkonsum großen Anteil an der Menschheitsbedrohung. Unter anderem aus diesen Erkenntnissen heraus halten wir es für unverzichtbar, dem Verursacherprinzip entsprechende Schritte wie eine möglichst folgekostengetreue Bepreisung des Klimagasausstoßes zu gehen. Niemand sollte das Recht haben, sich auf Kosten und zulasten der Allgemeinheit wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Es ist sinnvoll, dass der Staat dafür zu sorgen hätte, dass möglichst alle Marktpreise die ökologische Wahrheit sagen, besonders auch im Verkehrsbereich und beim ausufernden Versandhandel. Umweltschonendes Verhalten darf nicht mehr nur dem Idealismus Einzelner überlassen bleiben. Es muss auch wirtschaftliche Anreize geben, sich umweltschonend zu verhalten. Zugleich sind, wo möglich und sinnvoll, umweltschützende Verbotsregelungen unverzichtbar. Beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ein schwarzweißes Entweder-oder-Denken muss überwunden werden. Gleichzeitig! ist dafür zu sorgen, dass alle Menschen einkommensmäßig so gestellt sind, dass ihnen ein Leben in Würde möglich ist. Dazu gehören für Niedrigeinkommen bspw. Angemessene Mietzuschüsse, solange das Recht auf Wohnen noch nicht durchgesetzt ist und es den kapitalistischen Bodenspekulationsmarkt gibt.

Im Einzelnen fordern wir darüber hinaus insbesondere:

- Alle politischen Maßnahmen sind zu ergreifen, um in Deutschland eine ökologische Kreislaufwirtschaft mit weitestgehender Müllvermeidung, allgemein eine nachhaltige Wirtschaftsweise zu erreichen und insbesondere bis 2030 klimaneutral zu wirtschaften. Die reichen Räuberstaaten haben hier eine besondere Verantwortung.
- Alle (auch indirekten) staatlichen Subventionierungen umweltschädigender Wirtschaftsweisen sind schnellstmöglich einzustellen.
- Der Einfluss von Konzernlobbys und ihrer Verbände auf politische Entscheidungen ist durch geeignete Maßnahmen zurückzudrängen.
- Es ist dafür zu sorgen, dass Gebrauchsgüter möglichst langlebig und reparaturfreundlich hergestellt werden.
- Allgemeinverbindliche ökologische Standards für die Landwirtschaft und wo möglich regionale Versorgung mit kurzen Wegen sind vorzuschreiben.
- Waldschutz- und (Wieder-) Aufforstungsplanungen sind zu erstellen und umzusetzen.
- Der Neuvertrieb von Kunststoffen ist auf ein umweltverträgliches Mindestmaß zu verringern.
- Weitere Flächenversiegelungen sind weitestgehend zu unterbinden. Wohnungsmangel muss durch Strukturförderungen abseits der Ballungsgebiete und Enteignung von Bodenspekulanten begegnet werden.
- Verkehrsvermeidung durch geeignete Strukturförderung (Wohnen, Arbeiten, Versorgung gehören möglichst zusammen). Motorisierter Individualverkehr ist nichtzukunftsfähig. Wirklich sinnvoller Güterverkehr gehört weitestgehend auf die Bahn. Die Bahn ist wieder zu verstaatlichen. Stillge-

- legte Bahnstrecken und Bahnhöfe sind möglichst weitgehend wieder in Betrieb zu nehmen.
- International setzen wir uns dafür ein, dass neokoloniale Kriege (Syrien, Afghanistan,...) und Wirtschaftsblockaden (Venezuela, Kuba,...) sofort beendet werden.
 - Die ärmeren Länder des globalen Südens sind zur Erreichung ihrer jeweiligen Klimaneutralität umfassend zu unterstützen.

Begründung:

Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter. (MEW, Das Kapital, Band I, Berlin/DDR 1988, S.529-530) Eine bedeutende biologische Gattung ist aufgrund der schnellen und fortschreitenden Beseitigung ihrer natürlichen Lebensbedingungen vom Aussterben bedroht: der Mensch. Wir werden uns jetzt dieses Problems bewusst, wo es fast zu spät ist, es zu verhindern. Es muss darauf verwiesen werden, dass die Konsumgesellschaften die Hauptverantwortlichen für die grauenhafte Vernichtung der Umwelt sind... Sie verbrauchen zwei Drittel des Metalls und drei Viertel der Energie, die auf der Welt erzeugt werden, obwohl sie nur 20 Prozent der Weltbevölkerung darstellen. Sie haben die Meere und Flüsse vergiftet, die Luft verschmutzt, die Ozonschicht geschwächt und Löcher in ihr verursacht, haben die Atmosphäre mit Gasen angereichert, die die klimatischen Bedingungen beeinträchtigen, was katastrophale Auswirkungen hat, die wir schon zu spüren beginnen. Die Wälder verschwinden, die Wüsten weiten sich aus, Milliarden Tonnen fruchtbarer Erde enden jährlich im Meer. Zahlreiche Arten sterben aus. Der aus dem Bevölkerungszuwachs resultierende Druck und die Armut führen zu verzweifelten Anstrengungen, um selbst auf Kosten der Natur zu überleben (aus einer Rede Fidel Castros auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung am 12. Juni 1992! in Rio de Janeiro, UZ/Im Bild S. 8, 20.9.19).

4. Antrag der KO Solingen

Für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt – jetzt handeln!

In den vergangenen Monaten haben sich zahlreiche Bündnisse entwickelt, die mit phantasiereichen Aktionen auf die drohende Klimakatastrophe aufmerksam machen, allen voran die Schüler*innenbewegung „Fridays for Future“. Denn die Gefahr einer nachhaltigen Schädigung unserer Umwelt und damit die Zerstörung der Lebensgrundlagen aller Lebewesen lässt sich aufgrund umfangreicher wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht mehr leugnen. Wir Kommunistinnen und Kommunisten sehen uns als Teil dieser Bewegung, die wir im Rahmen unserer Möglichkeiten tatkräftig unterstützen wollen. Wir wollen dabei deutlich machen, dass die Ausbeutung von Natur und Umwelt insbesondere durch die kapitalistische Produktionsweise entstanden und gefördert wird. So wollen wir aktiv die Diskussion um eine andere, eine sozialistische Gesellschaftsordnung forcieren, die die Grundlage für eine nachhaltige Umweltpolitik sichert.

Wir leben jedoch in Zeiten, in denen die herrschenden Machtverhältnisse sich als immer noch flexibel erweisen und eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht auf der Tagesordnung steht. Deshalb müssen wir Kommunistinnen und Kommunisten auch für die kurz- und mittelfristige Entwicklung Forderungen entwickeln. In unserem Parteiprogramm heißt es dazu:

„Die DKP geht davon aus, dass die Spielräume für soziale und demokratische Reformen infolge der weltwirtschaftlichen Verflechtungen und der Macht der Transnationalen Konzerne, der enormen Staatsverschuldung und des Wegfalls des politischen Reformdrucks mit dem Ende des realen Sozialismus in Europa heute außerordentlich eng geworden sind. (...) Reformpolitik kann der politischen Konfrontation mit der Macht des Großkapitals, vor allem des Transnationalen Kapitals, nicht ausweichen, sondern muss auf sie orientieren. Das erfordert zumindest Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals und wirft die Eigentumsfrage auf. Herkömmliche soziale und demokratische Reformen rücken so näher an die Notwendigkeit grundlegender antimonopolistischer Umgestaltungen heran. Ohne real erscheinende Alternativen wird kein gesellschaftlich wirksamer Widerstand entstehen und ohne Widerstand bleiben alle progressiven Reformvorstellungen reine Illusion. Deshalb muss mit den Ansätzen von Widerstand die Perspektive von Veränderungen und Reformen verknüpft werden.“ Zu diesen Reformen gehören auch die Wiederherstellung und der Schutz der Umwelt. Um diese real erscheinenden Alternativen deutlich zu machen, wollen wir auf individueller, kommunaler und gesellschaftlicher Ebene unsere Forderungen ansetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass im persönlichen Verhalten der Menschen - und damit auch bei uns selbst - umweltverantwortliches

Handeln wächst, auch wenn wir wissen, dass dieses nur ein sehr geringer Beitrag im Vergleich zu den eigentlichen Verursachern der Klimakatastrophe sein kann. Zu diesen Verursachern gehören Konzerne, die fossile Rohstoffe ausbeuten oder diese als Energieträger nutzen.

Da diese ihrer Verantwortung zum Erhalt einer lebenswerten Umwelt nicht gerecht werden, bleibt die Forderung nach Vergesellschaftung der Energiewirtschaft. Auch die Agrar- und Chemiekonzerne, die mit ihren Produkten die Umwelt vergiften, werden ihre Profite nicht von selber in Frage stellen. Und insbesondere die Rüstungsindustrie, die von Kriegen, und damit der Vernichtung von Menschen und Umwelt lebt, muss in gesellschaftliche Kontrolle überführt werden, um einen Stopp der Rüstungsproduktion zu ermöglichen. Wir brauchen eine Verkehrswende weg vom Primat des Individualverkehrs hin zum Ausbau des öffentlichen Personennah- und -fernverkehrs. Ziel ist die Schaffung flächendeckender kostenloser Angebote. Das Schienennetz muss weiter ausgebaut und attraktiver werden, damit es mittelfristig gelingen kann, den Güterverkehr von den Straßen auf die Schienen zu verlagern. Und auch auf kommunaler Ebene gilt es unsere Forderungen zu entwickeln, wie z. B. die Entwicklung ökologischer Verkehrskonzepte, der Kampf gegen die Auslagerung kommunaler Dienstleistungen, den Erhalt und die Schaffung von Grünflächen sowie die Schaffung eines kommunalen Nachhaltigkeitskonzepte. Zentrales Element ist dabei die Sozialverträglichkeit umweltpolitischer Maßnahmen. Nicht die einfachen, arbeitenden Menschen dürfen die Last der notwendigen Ökologiewende tragen, sondern die Verursacher der drohenden Klimakatastrophe. Diese Vorstellungen wollen wir in die Bewegungen einbringen. Wir wollen deutlich machen, dass die Gesellschaftsform des Kapitalismus dafür verantwortlich ist, dass Natur und Umwelt zerstört werden, weil die kapitalistische Produktionsweise aus Profitgier zu ständigem Wachstum gezwungen ist. Produktivkräfte werden unter dem Diktat des Kapitalismus zu Destruktivkräften. Wir wollen in den Gewerkschaften dafür wirken, dass diese sich als wesentliche Triebkraft zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen entwickeln und sich aktiv in die Bewegungen einbringen. Es gilt die Arbeiterbewegung mit der Ökologiebewegung zu verbinden und die übereinstimmenden Interessen deutlich zu machen.

Wir arbeiten im Bündnis gemeinsam mit den lokalen und überregionalen Organisationen, die im Kampf zur Sicherung einer lebenswerten Umwelt mit uns aktiv sind, wie Fridays for Future, den Naturfreunden, Nabu, BUND, aber auch den zahlreichen Initiativen von Schulen, Kitas, Vereinen und Aktionen wie z. B. dem Bündnis zum Erhalt des „Hambacher Forst“. Dies sehen wir als eine unserer zentralen Aktivitäten als Kommunistinnen und Kommunisten in der DKP.

5. Antrag der Gruppe Sonneberg Handreichung Umweltzerstörung

Der Parteitag möge der Bildungskommission den Auftrag erteilen, eine Handreichung (im Rahmen der Reihe DKP-Praxis) zu erstellen, die es uns ermöglicht, in der Auseinandersetzung mit „Umweltschützern“ unsere Positionen zu vertreten.

Begründung:

„Die kapitalistische Produktionsweise beruht zudem auf der Umwandlung der Natur zu einer eben solchen Quelle des Reichtums wie die menschliche Arbeitskraft. Auch die Natur wird ebenso wie die menschliche Arbeitskraft zu einer Ware und zur Quelle des kapitalistischen Profits. Darauf verwies Marx schon in seiner Kritik des „Gothaer“ Programms der 1875 neu formierten politischen Partei des deutschen Proletariats, der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“.

Darin kritisierte er die zu einseitige Definition der menschlichen Arbeitskraft. Diese lautete: „1: Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums und aller Kultur ...“ Marx wandte dagegen ein: „Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichtums. Die Natur ist ebenso sehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft. Jene Phrase findet sich in allen Kinderfibel...“⁹ In seinem ökonomischen Hauptwerk, „Das Kapital“, verdeutlichte er: „... jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. ... Die

kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“¹⁰

Diese Bewertung der Natur als zweiter Quelle des gesellschaftlichen Reichtums ist aus aktuellen Gründen, die mit der politischen Kontroverse über den Platz der Umweltpolitik in der Gesamtpolitik linker und/oder sozialistisch-kommunistischer Organisationen zusammenhängt, erneut zum wichtigen Thema auch für das Verständnis von Klassen- und Arbeiterpolitik der DKP geworden. Der damalige DKP-Vorsitzende Herbert Mies betonte auf einer Sitzung des Parteivorstands im November 1987: „Damit es keinerlei Missverständnisse gibt: Wenn wir von Arbeiterpolitik und Arbeiterkämpfen reden, dann sprechen wir natürlich nicht nur von Politik oder Kämpfen für die Gruppe der Arbeiter, sondern wir meinen Politik und Kämpfe der ganzen Klasse. Wir wenden uns dabei auch gegen die inhaltliche Einengung des Begriffs Arbeiterpolitik auf die ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse. Arbeiterpolitik ist sowohl Kampf um Frieden als auch Kampf um Arbeit, ist ebenso das Eintreten für mehr Demokratie wie für den Umweltschutz.“

7 K. Marx: Kapital Band I, MEW 23: S. 647 - (Hervorhebung durch uns)

8 Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, Gothaer Programm (I 874. Zit. n. Programme der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1973

9 K. Marx: Kritik des Gothaer Programms. MEW 19, S. 15

10 K. Marx. Das Kapital I, MEW 23, S. 529 f.
(aus: DKP und Arbeiterklasse heute)

6. Antrag der Gruppe Berlin Tempelhof-Schöneberg Organisierung der weiteren Parteidebatte durch den Parteivorstand.

7. Antrag der BDK Südbayern Gegen die grüne Offensive des Monopolkapitals - CO₂-Bepreisung stoppen!

Zur Formierung des Widerstands gegen die grüne Offensive des Monopolkapitals organisiert die DKP eine bundesweite Aktionskonferenz mit allen fortschrittlichen Kräften, die bereit sind, gegen die CO₂-Bepreisung auf die Straße zu gehen und Widerstand gegen sozialreaktionäre Maßnahmen zu leisten, die unter dem Deckmantel des Klimaschutzes umgesetzt werden. Die Konferenz dient sowohl in der Partei als auch mit anderen fortschrittlich organisierten Kräften zur Verständigung über die neue, "grüne" Welle der monopolkapitalistischen Offensive zur Abwälzung der (drohenden) Krise auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten.